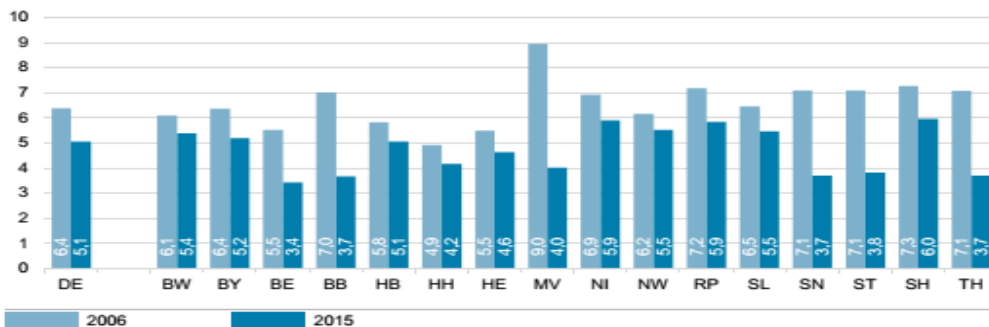


Infoblatt Januar 2018

Ausbildungsquoten als Indikatoren der Leistungsfähigkeit nach Bundesländern 2006 und 2015 (in %)



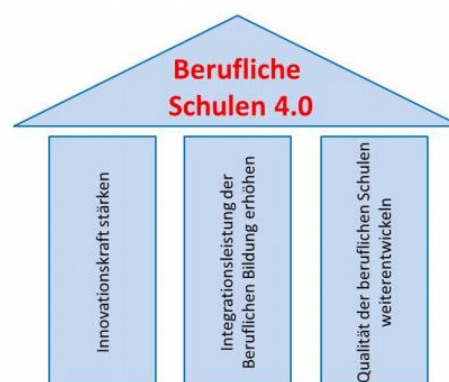
Quelle: Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen u.a. (Hg.): Ländermonitor berufliche Bildung 2017. Bielefeld 2018, S. 71.

Folgt man dem unlängst veröffentlichten „Ländermonitor berufliche Bildung 2017“, so ist zwischen 2006 und 2015 die Ausbildungsquote, das Verhältnis zwischen der (gesunkenen) Anzahl der Auszubildenden im dualen System und der (gestiegenen) Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, von 6,4 auf 5,1 Prozent deutlich rückläufig. Hier liegt der Schluss nahe, dass das Wachstum der Beschäftigung nicht mehr wie in der Vergangenheit ähnlich ausbildungsintensiv im Sinne einer mittleren Fachkräfteausbildung war. Hinter dieser deutschlandweiten Entwicklung stehen zum Teil beachtliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. So verringerte sich in den großen westdeutschen Flächenländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen die Ausbildungsquote um weniger als einen Prozentpunkt, während sie sich in den ostdeutschen Bundesländern jeweils fast halbierte. Der vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen sowie vom Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung der Georg-August-Universität Göttingen erstellte Ländermonitor berufliche Bildung 2017 beschreibt und vergleicht die Berufsausbildung in den Ländern der Bundesrepublik von der dualen über die vollzeitschulische Ausbildung bis zum sogenannten Übergangssystem. Die beschriebene Entwicklung der Ausbildungsquoten wird im Ländermonitor teils als Rückgang der Leistungsfähigkeit des dualen Systems kommentiert. Die Einmündung in die berufliche Bildung wird als weiterhin zentrales berufsbildungspolitisches Problem der Länder beschrieben, wobei zu den bestehenden Problemen der Reorganisation des Übergangssektors neue Herausforderungen einerseits der Inklusion von Jugendlichen mit Behinderungen und andererseits der beruflichen Integration von schutz- und asylsuchenden Jugendlichen aus Krisen- und Kriegsgebieten hinzugekommen sind. Insgesamt zeigen die Autoren anhand der Entwicklung der Neuzugänge zu den drei Sektoren des Berufs-

bildungssystems eine Verschiebung des Zentrums im Berufsbildungssystem von der nach Bundesrecht regulierten dualen Ausbildung hin zu den nach Länderrecht regulierten berufsfachschulischen Ausbildungen auf. Der Anstieg des vollzeitschulischen Angebots lässt sich als Leistungssteigerung im letzten Jahrzehnt interpretieren, wobei innerhalb der Felder des Schulberufssystems eine deutliche Verschiebung zu beobachten ist: Die Anteile der Assistenzberufe sinken deutlich, während gleichzeitig die Anteile in den Berufen des Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesens deutlich gestiegen sind.

Berufliche Schulen 4.0 – Beschluss der KMK

Im Dezember hat die Kultusministerkonferenz (KMK) die Erklärung „Berufliche Schulen 4.0 – Weiterentwicklung von Innovationskraft und Integrationsleistung der beruflichen Schulen in Deutschland in der kommenden Dekade“ beschlossen. Demnach beabsichtigen die Kultusminister/innen die berufsbildungspolitischen Herausforderungen insbesondere der Digitalisierung, der Integration Zugewanderter sowie der Akademisierung anzugehen.



Quelle: Berufliche Schulen 4.0 - Beschluss der KMK vom 07.12.17

GEW-Hauptvorstand Organisationsbereich
Berufliche Bildung und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Sekretariat
Christine Sturm
069/78973-326
christine.sturm@gew.de

Fax: 069/78973-103
Internet: www.gew.de
Facebook: [facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft](https://www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft)
Twitter: twitter.com/gew_bund

Bundesfachgruppenausschuss
Gewerbliche Schulen

Ralf Becker (Vorsitzender)
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinisch-Weiser (stv. Vors.)
0331/ 964476
heinisch-weiser@t-online.de

Vorstandsteam
Bundesfachgruppenausschuss
Kaufmännische Schulen

Martina Hanns
034348/60020
Mart-Lutz@gmx.de

Christina Kunze
030/2159341
kunzmanns@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net

Vom gegenwärtigen vergleichsweise hohen Stellenwert der dualen Berufsausbildung sowie der vollzeitschulischen Bildungsgänge ausgehend nimmt die Erklärung Bezug auf die KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ sowie die Erklärung „Gemeinsam für starke Berufsschulen in der digitalen Welt“ von KMK, Deutschem Gewerkschaftsbund und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Zentrales Lernziel sei der Erwerb umfassender Handlungskompetenz, das didaktische Leitmodell beruhe auf dem Prinzip der vollständigen Lernhandlung, das durch das Lernfeldkonzept der KMK-Rahmenlehrpläne unterstützt werde. Die Prozesse der Digitalisierung erforderten eine Weiterentwicklung der Curricula aller berufsbezogenen Lernbereiche und aller Fächer. Ferner spricht sich die KMK für eine länderübergreifende synergetische Nutzung der in den Landesinstituten vorhandenen Expertise aus und fordert eine kontinuierliche Vertretung der KMK im Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung – dort sind zwar die Länder vertreten, häufig jedoch durch ihre Wirtschafts- und Arbeitsministerien. Als Antwort auf die Internationalisierung spricht sich die KMK für eine Erweiterung der berufsspezifischen Fremdsprachenkompetenzen an den Berufsschulen und internationaler Kooperationen an den beruflichen Schulen aus. Sie hält es ferner für erforderlich, eine Empfehlung für eine kultur- und sprachensible Pädagogik des Lernens sowie zur individuellen Förderung an beruflichen Schulen zu entwickeln. Angesichts der verschiedenartigen Entwicklungen von Angebot und Nachfrage in den dualen Ausbildungsberufen solle die KMK-Erklärung zur Beibehaltung des Fachklassenprinzips überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Auch in Fragen der sogenannten Qualitätsmanagement- und Qualitätsentwicklungssysteme unterstützt die KMK einen länderübergreifenden Austausch. Für die Qualifizierung von Lehrkräften der beruflichen Schulen hält die KMK die Entwicklung gemeinsamer länderübergreifender Konzepte für erforderlich.

Aus Sicht der Bundesfachgruppen Gewerbliche und Kaufmännische Schulen ist zu begrüßen, dass die Kultusminister/innen nun, wie von der GEW lange angemahnt, sich den berufsbildungspolitischen Herausforderungen stellen. Dass sich die Erklärung nicht ausschließlich auf die Fachklassen im dualen System bezieht, sondern auch die vollzeitschulischen Bildungsgänge umfasst, entspricht einer jahrzehntelangen Forderung der Bildungsgewerkschaft. Allerdings sollte dies auch für die geforderte Erweiterung der Fremdsprachenkompetenzen gelten. Hinsichtlich der als späte Einsicht der Länder geforderten länderübergreifenden

Zusammenarbeit erinnern die Bundesfachgruppen an eine mit der „Föderalismusreform“ faktisch aufgelöste Institution – die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Eine zentrale Aussage haben die für die Berufsbildenden Schulen verantwortlichen Minister/innen in der Erklärung jedoch nicht aufgeführt: Ohne eine auskömmliche Absicherung mit den erforderlichen Ressourcen bleibt die Erklärung eine Absichtsbekundung, deren Adressat die Absender/innen selbst sind.

„DENK-doch-MAL“ – Herausforderung Akademisierung

Das gewerkschaftliche onlineMagazin „DENK-doch-MAL.de“ beleuchtet in seiner jüngsten Ausgabe mit dem Titel „[Akademisierung: Eine wirklich starke Herausforderung für Betriebe, Hochschulen und Gewerkschaften](#)“ den Wandel des Verhältnisses zwischen beruflicher und hochschulischer Ausbildung und deren Stellenwerts. Das lesenswerte Dossier besteht aus insgesamt acht Beiträgen u. a. der Berufsbildungsforscher/innen Prof. Rita Meyer, Prof. Uwe Elsholz, Ariane Neu sowie Dr. Sirikit Krone, des Bildungsforschers Dr. Ulf Banscheraus, der Gewerkschafter/in Uta Kupfer und Thomas Ressel sowie Statements zum dualen Studium des Präsidenten des Bundesinstituts für Berufsbildung Prof. Friedrich Hubert Esser sowie der Wissenschaftsministerin Baden-Württembergs Theresia Bauer.

Beamtenstreikrecht – Verhandlungen vor dem Bundesverfassungsgericht

Ist das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte rechters? Die GEW setzt sich seit den 1970er Jahren für ein Streikrecht beamteter Lehrerinnen und Lehrer ein. Mitte Januar werden nun vor dem Bundesverfassungsgericht mehrere Fälle verhandelt, die eine Antwort auf die Frage des Beamtenstreikrechts geben können. Vor diesem Hintergrund hat die GEW die [wichtigsten Fragen und Antworten zum Beamtenstreikrecht](#) zusammengestellt.



GEW-Hauptvorstand

GEW-Hauptvorstand Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Sekretariat
Christine Sturm
069/78973-326
christine.sturm@gew.de

Fax: 069/78973-103
Internet: www.gew.de
Facebook: [facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft](https://www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft)
Twitter: twitter.com/gew_bund

Bundesfachgruppenausschuss Gewerbliche Schulen

Ralf Becker (Vorsitzender)
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinisch-Weiser (stv. Vors.)
0331/ 964476
heinisch-weiser@t-online.de

Vorstandsteam Bundesfachgruppenausschuss Kaufmännische Schulen

Martina Hanns
034348/60020
Mart-Lutz@gmx.de

Christina Kunze
030/2159341
kunzmans@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net